

Liebe Ministerin Josefine Paul, liebe Alle.

Ein neues Jahr, ein neuer Empfang. Auch wenn Anlässe wie dieser zur Routine einer aktiven queeren Interessensvertretung gehören, ist mir wichtig, an dieser Stelle festzuhalten: ich nehme sie auf keinen Fall als Selbstverständlichkeit hin. Im Gegenteil. Dass wir es schaffen, heute so zahlreich zusammenzukommen, ist nicht nur ein großes Glück, es ist eine Notwendigkeit. Denn wenn wir den Blick über die Grenzen dieses Raums und unserer solidarischen Communities hinauswerfen, stellen wir fest: das politische Klima für queere Arbeit wird rauer. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass die eine oder andere queerfeindliche Sau durch ein mediales Dorf getrieben wird.

Menschen und Institutionen, die sich Antidiskriminierung zur Aufgabe machen, setzen sich der Gefahr aus, angefeindet, bedroht und angegriffen zu werden. Die Formen, die dieser Hass findet, sind vielfältig: sei es der digitale Shitstorm, mit dem unsere Landeskampagne Anders&Gleich überzogen wurde, weil sie die Frechheit besitzt, ihrer Aufgabe nachzukommen und das Gendern zu erklären. Seien es die massiven Anfeindungen, denen aktuell wieder eine Kölner Schule ausgesetzt ist, weil sie die Entscheidung getroffen hat, trans*inklusiven Sexualkundeunterricht anzubieten. Oder seien es die kürzlich gefallenen Schüsse auf die Aachener Aidshilfe, die Gott sei Dank „nur“ Sachschäden angerichtet haben. Wo immer wir als queere Communities sichtbar werden, müssen wir auch mit einem hasserfüllten Echo rechnen: denn überall gibt es zunehmend Menschen, die viel Zeit und Energie investieren, um unsere Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Angesichts solcher Anfeindungen ist Solidarität in und mit unseren Communities umso wichtiger. Ich freue mich darum besonders, Sie und Euch heute bereits zum zweiten **gemeinsamen** Neujahrsempfang der queeren Landesverbände begrüßen zu dürfen. Im Namen der LAG Lesben in NRW, des Queeren Netzwerks NRW, des LSVD NRW und des NGVT NRW: Herzlich willkommen. Danke an alle, die sich heute die Zeit nehmen, mit uns den Start ins neue Jahr zu feiern und in den Austausch zu kommen über all das, was wir 2023 bewegen wollen!

Natürlich darf, wenn wir heute über die zunehmende Queerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft sprechen, auch der Angriff nicht fehlen, der uns im vergangenen Jahr wie kein anderer erschüttert hat. Am kommenden Montag beginnt der Prozess gegen den Mann, der Malte C. inmitten des CSDs Münster niedergeschlagen und getötet hat. Bereits im Vorfeld wird jetzt von neuen

Erkenntnissen zur Motivation des Täters berichtet. Er habe unter seiner eigenen Homosexualität gelitten und mit dieser gerungen, heißt es da. Seine Pöbeleien und Anfeindungen, und letztlich auch der tödliche Schlag gegen Malte, seien vielleicht auch eine Abwehr-Reaktion gegen Gefühle, die er in sich selbst nicht tolerieren konnte.

Dieses Narrativ fasziniert. Ob Straßen-Schläger oder queerfeindliche Politiker*innen, wir erleben immer wieder diese Spekulation, ob Hass und Abwertung vielleicht „nur“ eine Abwehrreaktion gegen eine eigene, uneingestandene Queerness sei. Diese Frage zu klären, mag relevant sein für die juristische Aufarbeitung eines solchen Falls. Und ganz sicher ist es relevant, wenn es darum geht, Gewaltbereitschaft und Diskriminierung zu begegnen und sie abzubauen. Eins sei hier aber in aller Deutlichkeit gesagt: eine unterdrückte oder uneingestandene Queerness von Queerfeind*innen kann und darf kein Grund sein, eine queerfeindliche Gesellschaft ihrer Verantwortung zu entheben.

Queerfeindlichkeit verletzt und tötet. Und zwar überall. Wenn sie von cis-heterosexuellen Queerfeind*innen ausgeht, die ihrer Verunsicherung und ihrem Hass auf die vermeintlich gefährlich „Anderen“ Raum geben. Wenn sie von uneingestanden queeren Menschen ausgeht, die Gewalt gegen Andere zum Selbstschutz nutzen, um den Verdacht der Queerness von sich abzuwenden. Wenn sie von offen queeren Menschen ausgeht, die glauben, sich selbst und ihre Rechte zu schützen, indem sie andere Queers abwerten und anfeinden. Und auch, wenn queere Menschen aus Angst und internalisiertem Hass zu Selbstverletzung und Suizid getrieben werden.

Diesen Hass und seine Folgen müssen wir endlich dokumentieren. Damit Queerfeindlichkeit eben keine nebulöse Dunkelziffer bleibt, und queerfeindliche Gewalt kein Phänomen, das vermeintlich aus dem Nichts auftaucht und Leben kostet. Als queere Landesverbände arbeiten wir darum, gemeinsam mit dem rubicon e.V., an einer Meldestelle, die Queerfeindlichkeit sichtbar machen wird. Schon in den ersten Befragungen und Fokusgruppen ist dabei deutlich geworden: wir stehen vor einer Mammutaufgabe. Wie erreichen wir mit diesem Angebot Menschen, deren Leben so von Queerfeindlichkeit bestimmt ist, dass sie von jeglicher Community abgeschnitten sind? Wie diejenigen, deren Erfahrungen mit öffentlichen Stellen sie abgestumpft und überzeugt haben, dass es nichts bringt, den Mund aufzumachen? Wo bleiben die Stimmen derer, für die Diskriminierung zum Alltag geworden ist und die sich selbst einreden, was ihnen passiert ist, sei nicht schlimm genug, um es

überhaupt zu melden? Und wie fangen wir die Angst auf, dass ein Aufstehen gegen Diskriminierung vielleicht auch ein ungewolltes Outing bedeuten könnte? Das alles sind große Fragen, auf die wir nur Antworten finden, wenn wir ALLE Teile unserer Communities mitdenken.

Halten wir aber fest: Dokumentation allein reicht nicht. Sie ist allenfalls ein erster Schritt. Sie ist ein kleiner Teil der vielen, wichtigen Versprechen unserer Landesregierung, die es endlich einzulösen gilt.

Seit 226 Tagen hat NRW eine lesbische Familienministerin. Liebe Josefine, das ist ein Meilenstein! Ich bin mir ganz sicher, dass ich für viele in diesem Raum spreche, wenn ich sage: diesen Erfolg haben wir gefeiert. Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: dieser Erfolg bringt Verantwortung mit sich. Wir erwarten von einer Landesregierung im Jahr 2023, und ganz besonders von einer lesbischen Ministerin: Es muss sich mehr tun in der Politik für queere Communities. Es muss Schluss sein mit der Nischenfinanzierung kleiner und kleinster, zeitlich begrenzter Projekte, und mit der prekären Situation unserer Strukturen.

Damit das gelingt, erwarten wir endlich eine konsequente Umsetzung der längst versprochenen Querschnittsaufgabe queer. Queere Menschen existieren nicht allein in der kleinen Schublade eines LSBTIQ*-Referats. Unsere Anliegen gehören auf die Agenda – nicht nur im Familienministerium, sondern quer durch alle Ressorts. **Das hat bereits die Rot-Grüne LR 2010 als auch unsere aktuelle Landesregierung erkannt, denn in ihrem Koalitionsvertrag steht: der queere Aktionsplan „soll in allen Ministerien umgesetzt und als Querschnittsaufgabe dauerhaft verankert werden.“ Ich könnte jetzt sagen, bravo. Aufgabe erkannt. Wenn ich ehrlich bin, muss ich aber sagen: Dieser Satz wurde bereits 2010 formuliert. Warum also steht hier im Jahr 2023 immer noch ein *soll*?**

Überhaupt liest man, wenn man sich den Koalitionsvertrag genau ansieht, viel „sollen“ und „wollen“. Das reicht 2023 nicht mehr aus. Als Communities wollen wir seit Jahren. Wir wollen so sehr, dass wir unsere Arbeit unter- und viel zu oft vor allem **unbezahlt** erledigen. Wir wollen so sehr, dass wir unter prekärsten Bedingungen und nicht selten in Selbstausbeutung darum kämpfen, das Minimum an Strukturen zu erhalten, das wir uns im Laufe der Jahre aufgebaut haben. Und immer und immer wieder die Konsequenzen ausbügeln, wenn notwendige Investitionen einer Landesregierung nicht über den Status einer wohlmeinenden Willenserklärung hinauskommen. Ich erlaube mir darum an

dieser Stelle, ein paar wichtige „sollen“ und „wollen“-Formulierungen des Koalitionsvertrags in die Sprache der Realität zu übersetzen:

- Es KANN NICHT sein, dass hilfeschende Mitglieder unserer Communities stundenlange Fahrten auf sich nehmen müssen, um Beratung in Anspruch zu nehmen.
Es MUSS tragfähige und langfristige Konzepte geben, die adäquate und wohnortnahe psychosoziale Beratung für ALLE Menschen in NRW gewährleisten.
- Es KANN NICHT sein, dass von Gewalt betroffene Queers Gefahr laufen, weiter diskriminiert und traumatisiert zu werden, wenn sie sich hilfeschend an die Polizei wenden.
Eine Landesregierung, die für die Sicherheit aller Menschen in NRW einsteht, MUSS sicherstellen, dass ihre Sicherheitsbeamt*innen queere Lebensrealitäten auf dem Schirm haben und schützen.
- Es KANN NICHT sein, dass queere Senior*innen sich gezwungen sehen, sich nach teils jahrzehntelangen Kämpfen erneut zu verstecken, weil sie in Senior*inneneinrichtungen und bei Pflegediensten auf Vorurteile und Ablehnung stoßen.
Es MUSS eine Selbstverständlichkeit sein, dass Selbstbestimmung in Beziehung, Zusammenleben und Geschlecht quer durch alle Lebensalter gilt. Ganz besonders an den Orten, die wir Zuhause nennen.
- Es KANN NICHT wahr sein, dass queere Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung flüchten, von dieser Landesregierung in Unterkünfte verwiesen werden, in denen sich insbesondere queerfeindliche Gewalterfahrungen wiederholen.
Es MUSS selbstverständlicher Teil von Asyl- und Integrationspolitik sein, queeren Geflüchteten sichere Zufluchtsorte zu bieten.
- Es KANN NICHT im Interesse eines Landes NRW liegen, dass Familie werden und Familie sein für Regenbogenfamilien zum Spießrutenlauf durch queerfeindliche und ignorante Institutionen wird.
Ein wirklich familienfreundliches Land MUSS Wege finden, die Verantwortung für Aufklärung und Sensibilisierung nicht bei den

einzelnen Familien abzuladen, sondern in die Hände qualifizierter und ausreichend geförderter Fachkräfte zu legen.

Ich wiederhole an dieser Stelle gerne, was wir als Landesverbände schon seit langer Zeit betonen: Wir, die queeren Communities, stehen bereit. Wir haben Expertise und Kompetenzen, um all diese und wichtigen Aufgaben anzugehen. Liebe Politiker*innen, vor allem liebe Vertreter*innen der Landesregierung: Kommen Sie auf uns zu. Setzen Sie ihre Versprechen endlich um, und werden Sie Ihrem Anspruch gerecht, Politik für alle Menschen in NRW zu machen. Das sind Sie Ihren queeren Bürger*innen schuldig.

Zuletzt dürfen wir auch auf einem landespolitischen Empfang den Blick auf die Bundespolitik nicht ganz vernachlässigen. Auch hier warten wir seit langem auf die Einlösung längst überfälliger Versprechungen. Ich sage das vor allem mit Blick auf das Selbstbestimmungsgesetz.

Erst vor wenigen Tagen, am 27. Januar, haben wir als queere Landesverbände all denen gedacht, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt und getötet wurden. In seiner sehr eindrucksvollen Gedenkrede hat Max Appenroth in diesem Jahr die Unterdrückungs- und Verfolgungsgeschichte der trans* Communities in Deutschland nachgezeichnet. Er hat dabei sehr deutlich gezeigt: Dass wir immer noch Gesetze haben, die Menschen als krank deklarieren, weil sie queer sind, ist ein nationalsozialistisches Erbe. Dieses Erbe kennen wir in vielen Teilen der queeren Communities. Überbleibsel aus der Nazi-Zeit haben auch für Schwule und Lesben noch jahrzehntelang Lebenswirklichkeiten bestimmt und Selbstbestimmung eingeschränkt. Wenn wir an die sogenannten Konversionsmaßnahmen denken, wird der Gedanke, dass Queerness etwas Krankes und damit vermeintlich Heilbares ist, immer noch gegen Schwule und Lesben, Bisexuelle, trans* und inter* Menschen, gegen Asexuelle und Queers verwendet. Umso unsäglicher, dass dieser Gedanke in Bezug auf trans* Communities immer noch Teil des deutschen Rechts ist. **Damit muss endlich Schluss sein!**

Diejenigen, die gerne den Lauf der Zeit aufhalten und den trans* Communities weiter ihre Selbstbestimmung verwehren möchten, führen gerne ihre vermeintliche Sorge um Frauenrechte ins Feld. Ich sage das Folgende darum

ganz besonders gern als Lesbe und als Vorständin der LAG Lesben in NRW: Transfeindlichkeit schadet. Queeren Communities und feministischen Kämpfen. Transfeindlicher Feminismus ist zutiefst absurd und widersprüchlich. Wir werden Frauenrechte nicht verteidigen, indem wir enger und enger definieren, wer eine Frau ist und was eine Frau sein darf. Ich zitiere dazu gerne die großartige Audre Lorde, Schwarze Lesbe, Schriftstellerin und Aktivistin: "Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich."

Mein Appell geht darum an dieser Stelle an unsere gewählten Vertreter*innen auf allen politischen Ebenen und in allen demokratischen Parteien: Setzen Sie sich endlich konsequent für die Selbstbestimmung ein. Lassen Sie nicht zu, dass das Selbstbestimmungsgesetz weiter verzögert wird. Oder in seiner Wirkmächtigkeit ausgehöhlt wird durch diskriminierende Berufung auf falsch verstandene Schutzräume und Hausrechte.

Mein Appell geht aber ganz explizit auch an uns als queere Communities. Sei es in unserer hauptamtlichen Arbeit, im ehrenamtlichen Engagement oder als solidarische Einzelperson im Alltag: lassen wir uns nicht spalten. Halten wir die Augen offen für die Versuche, unsere Communities gegeneinander aufzuhetzen, und lassen wir uns auch dabei von den Worten von Audre Lorde inspirieren:

„Es sind nicht unsere Unterschiede, die uns trennen. Es ist unsere Unfähigkeit, diese Unterschiede anzuerkennen, zu akzeptieren und zu feiern.“